



Detailansicht des Registereintrags

Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität e.V.

Stand vom 04.02.2026 15:58:19 bis 04.02.2026 16:06:12

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001317
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	04.02.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/ verein
Kontaktdaten:	Adresse: Pariser Platz 6a 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49303001493377 E-Mail-Adressen: info@osb-alliance.com Webseiten: https://www.osb-alliance.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

110.001 bis 120.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Peter Ganten**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Diego Calvo de Nó**
Funktion: Finanzvorstand
3. **Stefan Zosel**
Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
4. **Dr. Daniel Gerber**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (21):

1. **Miriam Seyffarth**
Tätigkeit bis 03/21:
Referentin und Büroleiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
2. **Lothar Becker**
3. **Dr. Thomas Köster**
4. **Torsten Hallmann**
5. **Simon Fröhlich**
6. **Dr. Kai Martius**
7. **Stephan Ilaender**
8. **Birgit Becker**
9. **Claus Wickinghoff**
10. **Holger Dyroff**
11. **Peer Heinlein**
12. **Uwe Presler**
13. **Ingo Wichmann**
14. **Felix Kronlage-Dammers**
15. **Rico Barth**
16. **Markus Keller**
17. **Jutta Horstmann**

18. **Peter Ganten**

19. **Diego Calvo de Nó**

20. **Stefan Zosel**

21. **Dr. Daniel Gerber**

Gesamtzahl der Mitglieder:

235 Mitglieder am 23.06.2025, davon:

23 natürliche Personen

212 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (9):

1. APELL (Association Professionnelle Européenne du Logiciel Libre | The Open Source Software Business Association)
2. Eclipse Foundation Inc.
3. European Society of Digital Sovereignty e.V. (DSfDS)
4. German Unix User Group e.V. (GUUG)
5. OpenInfra Foundation (OIF)
6. The Linux Foundation (LF)
7. Open Source Security Foundation (OpenSSF)
8. DIN Deutsches Institut für Normung e. V. (DIN)
9. Ecma International

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Urheberrecht; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Automobilwirtschaft; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Open Source Software; Digitale Souveränität

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zweck der Interessenvertretung ist es, die digitale Souveränität des Staates durch den Einsatz von Open Source zu verbessern und hierfür die politischen Rahmenbedingungen für die Beschaffung und den Einsatz von Open Source Software insbesondere in der öffentlichen Verwaltung zu verbessern und bestehende Hürden abzubauen.

Im Zentrum der Arbeit des Verbandes stehen die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch

zwischen den Verbandsmitgliedern und externen Akteur:innen und Organisationen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Der Verband stellt im Rahmen seiner Arbeit die Expertise der Mitglieder und der Hauptamtlichen zur Verfügung und nimmt u.a. an Sachverständigenanhörungen im Deutschen Bundestag (z.B. Anhörung des Digitalausschusses zu Open Source im Dezember 2024) sowie der Bundesregierung (z.B. zum Onlinezugangsänderungsgesetz im März 2023) teil.

Die Open Source Business Alliance geht durch direkte Anschreiben sowie persönliche Gesprächstermine in den Kontakt mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertreter:innen der Bundesministerien. Schwerpunkt der Interessenvertretung sind hierbei (Änderungs-) Vorschläge zu konkreten Regelungsvorhaben sowie der allgemeine Austausch darüber, wie Open Source Software und offene Standards in der öffentlichen Verwaltung erfolgreich und effizient eingesetzt werden können, wie das deutsche und europäische Open-Source-Ökosystem gestärkt werden kann und welche Rolle Open Source Software für die digitale Souveränität sowie für Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit spielt.

Der Verband erarbeitet und veröffentlicht regelmäßig Positionspapiere, Stellungnahmen und wissenschaftliche Studien mit Vorschlägen für gesetzliche Regelungsvorhaben. Diese Papiere werden sowohl an Mitglieder des Deutschen Bundestages als auch an Vertreter:innen der Bundesministerien oder nachgeordneter Behörden gesendet.

Vereinzelt werden im Rahmen von Veranstaltungen wie Konferenzen oder parlamentarischen Frühstücksnachgesprächen Mitglieder des Deutschen Bundestages mit den Verbandsmitgliedern vernetzt, damit die Abgeordneten ein Verständnis von der Leistungsfähigkeit und den Angeboten und Lösungen der Open-Source-Industrie gewinnen können.

Konkrete Regelungsvorhaben (20)

1. Cyber Resilience Act

Beschreibung:

Im Rahmen des Cyber Resilience Act (CRA) auf EU-Ebene sollen die Anforderungen und Geschäftsmodelle unterschiedlicher Akteure aus der Open-Source-Branche angemessen berücksichtigt werden. Es soll eine Überregulierung und eine Rechtsunsicherheit vermieden werden. Bei der Umsetzung der "Standardisation Requests" im Rahmen des CRA in den europäischen und nationalen Normungs- und Standardisierungsgremien sollen ebenfalls die Bedarfe und Anforderungen der Open-Source-Branche bei der Umsetzung der Anforderungen aus dem CRA berücksichtigt werden.

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); E-Commerce [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und

öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#); Parlamentarisches Verfahren [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [\[alle RV hierzu\]](#); Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#); Open Source Software; Digitale Souveränität

2. Deutsche Verwaltungscloud-Strategie

Beschreibung:

Bei der Umsetzung der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie durch IT-Planungsrat und FITKO soll - gemäß der vom IT-Planungsrat beschlossenen Strategie und der Zielarchitektur - auch eine Open-Source-Cloud aufgebaut und der öffentlichen Verwaltung zur Nutzung angeboten werden. Hierfür sollen entsprechende Ressourcen bereitgestellt und die Entwicklung bzw. der Aufbau einer solchen Open-Source-Cloud aktiv vorangetrieben werden.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); E-Commerce [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#); Verwaltungstransparenz /Open Government [\[alle RV hierzu\]](#); Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260133 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. Lizenzmanagement Bund

Beschreibung:

Im Rahmen der Umsetzung des Projektes Lizenzmanagement Bund (Teil der IT-Konsolidierung des Bundes) soll durch die Bundesverwaltung erhoben werden, wie viel Open Source Software bereits in den Behörden der Bundesverwaltung im Einsatz ist. Diese Erhebung soll regelmäßig öffentlich gemacht werden und stellt die Grundlage für eine politische Diskussion darüber dar, wie der Anteil von Open Source Software in der Bundesverwaltung (gemäß der Ziele aus Koalitionsvertrag und Digitalstrategie) gesteigert werden kann.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); E-Commerce [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV](#)

hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

4. **Rahmenbedingungen für die Beschaffung von Open Source Software verbessern/Vorrang für Open Source**

Beschreibung:

Auf Bundesebene sollen an verschiedenen Stellen die Rahmenbedingungen verbessert werden, um eine Beschaffung von Open Source Software zu vereinfachen, insbesondere dort, wo heute noch Hürden oder Unsicherheiten bestehen. Dies betrifft z.B. die Überarbeitung der EVB-IT, die Überarbeitung der Ufab 2018 und Rahmenbedingungen und Prozesse im Beschaffungssamt ("Kaufhaus des Bundes"). Zudem soll ein Vorrang für Open Source bei der Beschaffung auf Bundesebene für alle Bereiche festgelegt werden, das betrifft u.a. das Onlinezugangsgesetz (siehe eigenes Regelungsvorhaben) und das Vergabetransformationspaket (siehe eigenes Regelungsvorhaben).

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2502120025** (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. **Finanzielle Stärkung der Open-Source-Initiativen der Bundesregierung**

Beschreibung:

Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung ihre eigenen Open-Source-Initiativen, die der Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung dienen sollen, im Bundeshaushalt kontinuierlich ausreichend finanziert.

Zu diesen Open-Source-Initiativen gehören insbesondere das Zentrum für digitale Souveränität mit seinen Projekten OpenCoDE und OpenDesk sowie weiteren Projekten und der Sovereign Tech Fund.

Der Großteil dieser Initiativen wurde zuletzt aus dem Haushaltstitel "532 13-042 Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte" im Etat des BMI, Einzelplan 0602, Titelgruppe 01: IT und

Netzpolitik, finanziert. Wir fordern, dass dieser Titel jährlich mit mindestens 50 Millionen Euro ausgestattet werden muss.

Betroffenes geltendes Recht:

HG 2026 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2411190022** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2509010009** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Vorrang für Open Source Software in Beschaffung und Vergaberecht**

Beschreibung:

Als OSBA fordern wir, dass der Staat seine Verantwortung als Ankerkunde wahrnimmt und zur Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung einen Vorrang für Open Source Software im Vergaberecht verankert.

Konkret soll im Vergaberecht u.a. festgelegt werden: Open Source Software soll in der Beschaffung und Vergabe zum Standard werden (Open Source als Default). Dem Prinzip »Public Money Public Code« folgend, soll der Staat mit öffentlichen Geldern finanzierte Software immer unter einer Open-Source-Lizenz veröffentlichen, sodass die Software in der Folge von jedermann frei genutzt werden kann. Wenn in einem Vergabeverfahren sowohl proprietäre als auch Open-Source-Lösungen zur Auswahl stehen, sollen die Open-Source-Lösungen bevorzugt ausgewählt werden (Open Source First).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1931 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr

1. Zuständiges Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; VgV 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2411190021 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2412030025 (PDF - 37 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.12.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2505120003 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2602040024 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. SG2602040025 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Erarbeitung und Beschluss einer Open-Source-Strategie

Beschreibung:

Zur Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung soll die Bundesregierung eine Open-Source-Strategie erarbeiten und verabschieden, in der konkrete messbare Ziele, Fristen für die Umsetzung, konkrete Umsetzungsvorhaben sowie Umsetzungspfade aufgezeigt werden.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2505120001 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. Benennung und Einsetzung eines/einer Open-Source-Beauftragten

Beschreibung:

Um die Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software zu erreichen, soll analog zu den sonstigen Beauftragten der Bundesregierung für bestimmte Themenfelder auch ein/e Open-Source-Beauftragte/r der Bundesregierung ernannt werden, der diese Ziele federführend vorantreibt.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

9. Entwicklung/Umstellung von Fachverfahren als Open Source Software

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll festlegen, dass Fachverfahren als Open Source Software entwickelt werden und bestehende Fachverfahren auf Open Source Software und offene Standards umgestellt werden sollen. Hierfür sollen auch Open-Source-Referenzimplementierungen finanziert und entwickelt werden. Das Zentrum für Digitale Souveränität kann Pilotprojekte für die Open-Source-Entwicklung von Fachverfahren auf den Weg bringen und begleiten.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

10. Förderung offener Standards und entsprechender Referenzimplementierungen

Beschreibung:

Zur Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung soll die Bundesregierung die Entwicklung und den Einsatz offener Standards sowie entsprechender Open-Source-Referenzimplementierungen in Abstimmung mit der Open-Source-Branche vorantreiben. Dies kann sowohl in den Ministerien als auch im IT-Planungsrat, der FITKO, der KoSIT sowie in Abstimmung mit weiteren Standardisierungsgremien und -organisationen geschehen.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); E-Commerce [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#); Verwaltungstransparenz/Open Government [\[alle RV hierzu\]](#); Open Source Software; Digitale Souveränität

11. Weiterentwicklung des Digitalchecks

Beschreibung:

Zur Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung soll die Bundesregierung den bestehenden Digitalcheck dahingehend weiterentwickeln, dass Legisten bereits frühzeitig bei der Erarbeitung eines Regulierungsvorhabens Aspekte wie die Stärkung der digitalen Souveränität sowie den Einsatz von Open Source Software berücksichtigen.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#); Parlamentarisches Verfahren [\[alle RV hierzu\]](#); Verwaltungstransparenz/Open Government [\[alle RV hierzu\]](#); Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406200153](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

12. Unterstützung der Open-Source-Branche bei Normung und Standardisierung

Beschreibung:

Die Open-Source-Branche ist stark mittelständisch geprägt. Kleine und mittelständische Unternehmen sind in den relevanten nationalen sowie internationalen Normungs- und Standardisierungsgremien allerdings stark unterrepräsentiert, da hohe (u.a. finanzielle und personelle) Zugangshürden zu diesen Gremien bestehen. Die Bundesregierung soll Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten schaffen, so dass der Open-Source-Branche eine Mitarbeit in diesen Gremien ermöglicht wird.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); E-Commerce [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine

und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

13. Strategie zur Unterstützung von Verwaltungsangestellten bei der Nutzung von Open Source Software

Beschreibung:

Zur Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung soll die Bundesregierung Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen, um öffentliche Verwaltungsangestellte bei der Umstellung auf und der Nutzung von Open Source Software zu unterstützen. Hierzu gehören Schulungen, Pilotprojekte, Informationsveranstaltungen etc.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

14. Open Source Software und offene Standards bei der Registermodernisierung berücksichtigen

Beschreibung:

Zur Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung soll die Bundesregierung auch die Gelegenheit der Registermodernisierung nutzen, um Open Source Software und offene Standards querschnittlich und transparent in der Verwaltung zu verankern. Formate und Datenstrukturen sollen als Open Source Software bzw. offene Standards entwickelt werden.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

15. Digitale Souveränität als Beschaffungskriterium verankern

Beschreibung:

Zur Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung soll die Bundesregierung digitale Souveränität als Beschaffungskriterium verankern, z.B. im Rahmen einer Vergabereform. Hierdurch sollen Open-Source-Angebote, welche die digitale Souveränität stärken, im Vergabeverfahren bevorzugt ausgewählt werden.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

16. **Verpflichtung von Cloud-Angeboten der öff. Verwaltung auf Open Source Software**

Beschreibung:

Zur Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung soll die Bundesregierung für Cloud-Angebote der öffentlichen Verwaltung hohe Standards für die digitale Souveränität verpflichtend festlegen. Dazu gehört u.a. die Entwicklung und der Betrieb der Cloud-Angebote als Open Source Software sowie auf der Basis von offenen Standards. Diese Anforderungen sollen in Ausschreibungen gefordert werden und in den EVB-IT Cloud verankert werden.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

17. **Metriken zur Messung des Anteils von Open Source in der öff. Verwaltung einführen**

Beschreibung:

Zur Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung soll die Bundesregierung Metriken entwickeln, um messbar zu machen, wie viel Open Source Software in der öff. Verwaltung genutzt wird (siehe Regelungsvorhaben Lizenzmanagement Bund), wie viel Geld für die Beschaffung von Open Source Software im Vergleich zu proprietärer Software ausgegeben wird und welche Rolle digitale Souveränität in Ausschreibungen der öff. Verwaltung spielt.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu];

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

18. Mindestens 30 Prozent der Beschaffungsausgaben für Open Source Software

Beschreibung:

Zur Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung soll die Bundesregierung ihre Macht als stärkster Einkäufer auf dem Markt nutzen und Open Source Software stärker nachfragen und beschaffen, damit entsprechende Impulse in den Markt gesendet werden können. Die Bundesregierung soll daher mindestens 30 Prozent der Ausgaben des Bundeshaushalts für die Beschaffung von Softwarelösungen und -dienstleistungen auf Open Source Software verwenden.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2505120002 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

19. Reduzierung von Abhängigkeiten der öff. Verwaltung von proprietären Anbietern

Beschreibung:

Die Bundesregierung hat sich die Reduzierung bestehender Abhängigkeiten von einzelnen marktbeherrschenden Anbietern proprietärer Software- und Cloudlösungen zum Ziel gesetzt. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Bundesregierung den Aufbau von Open-Source-Alternativen in der öff. Verwaltung vorantreiben (siehe eigenes Regelungsvorhaben Stärkung des Zentrums für digitale Souveränität) und die Ablösung durch konkrete Ziele vorantreiben, z.B. die vollständige Ablösung von einem Anbieter zum Zeitpunkt des Auslaufens eines bestehenden Rahmenvertrages (wie es auch die Landesregierung Schleswig-Holstein umsetzt).

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst

und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

20. Verbindliche Open-Source-Vorgabe für den Deutschland-Stack

Beschreibung:

Die Open Source Business Alliance (OSBA) setzt sich für eine verbindliche Umsetzung der im Deutschland-Stack formulierten Kriterien ein sowie für eine klare Ausrichtung der Deutschland-Stacks auf Open Source Software, offene Standards und offene Schnittstellen. Zudem soll eine europäische Anschlussfähigkeit des Deutschland-Stacks gewährleistet werden.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602040013 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 6.070.001 bis 6.080.000 Euro

Nicht rückzahlbare Zuwendung als Projektförderung aus dem Bundeshaushalt, Einzelplan 09, Kapitel 0901, Titel 68624 (Haushaltsjahre 2021-2024) für das Projekt "Sovereign Cloud Stack - Ein offener, souveräner, förderbarer Infrastrukturstack für GAIA-X".

2. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 210.001 bis 220.000 Euro

Nicht rückzahlbare Zuwendung aus dem Bundeshaushalt, Einzelplan 09, Kapitel 0901, Titel 68321, Haushaltsjahr 2023 für das Verbundprojekt: ECO:DIGIT - Enabling green Computing and DIGItal Transformation; Teilvorhaben: Messverfahren Cloud und Sustainability Monitoring Cloud Computing; Förderkennzeichen: 01MN23011E

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

20.001 bis 30.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

420.001 bis 430.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschlussbericht-2024.pdf](#)